

Aufrüsten im Namen der Angst

Der **österreichische Staat** rüstet auf. Das Heer kauft ein und auch die Polizei investiert in Kriegsgerät. Staatschutzgesetz oder Vorratsdatenspeicherung werden zum „Schutz“ eingeführt. Es wird ein Klima der Angst erzeugt, um die Aufrüstung zu rechtfertigen. Ein teures Manöver, um von den wachsenden sozialen Problemen abzulenken.

Seite 2

Hongkong: Der Regenschirm-Faktor

Ende November 2015 fanden Lokalwahlen in Hongkong statt, politisiert durch die Regenschirmbewegung 2014. Die Wahlbeteiligung lag höher, die Pro-Regierungsparteien verzeichneten Verluste. Socialist Action (CWI in Hongkong) trat in einem Bezirk mit einem kämpferischen Programm an und erhielt ein Drittel der Stimmen. La Pasha von Socialist Action berichtet.

Seite 12

Schwerpunkt

Erdogan führt nicht nur Krieg gegen KurdInnen, sondern auch gegen türkische ArbeiterInnen und KritikerInnen. Er will Widerstand gegen seine Politik mit Nationalismus unterdrücken. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 245 | 02.16

Schluss mit der Politik für die Reichen!

Politik ist schmutzig. Weder PolitikerInnen noch Parteien haben auch einen guten Ruf. Das hat gute Gründe. Sie sind überbezahlt, arrogant und bestenfalls hilflos angesichts der wachsenden Probleme. Beachtlich auch, dass die Konzepte der „verschiedenen“ Parteien immer ähnlicher werden. In Details unterscheiden sie sich zweifellos, manche sind mehr, manche weniger rassistisch, manche geben sich ein bissi sozialer als andere. Doch wenn es dann um die konkreten Beschlüsse geht, zeigt sich wie klein die Unterschiede sind. Ein großer Teil der Abstimmungen sind einstimmig und alle Parteien haben in den verschiedenen Landes- und Bundesregierungen schon gezeigt, dass sie hart den Rotstift ansetzen im Sozialbereich.

„**Unsere**“ **Abgeordneten** sind oft nicht viel mehr, als Lobbyisten. Offiziell verdienen Nationalratsabgeordnete monatlich 8.306€ plus bis zu rund 500€ Sonderzahlungen. Viele haben zusätzlich noch „Nebeneinkünfte“ die oft noch höher

WER ZAHLT, BESTIMMT!

○ JA

☒ NEIN

☒ JA

○ NEIN



**Die „Volksvertretung“ macht
Politik für die Reichen und Mächtigen.**

sind. Selbst wenn sie nicht korrupt sind, so ähnelt ihr Lebensstil (und damit ihre „Probleme“) mehr dem der Reichen, als dem einer (jetzt joblosen) Zielpunkt-Beschäftigten, eines Bauar-

beitors oder einer Krankenpflegerin.

Die Folgen dieser Abgehobenheit zeigt sich in der Propaganda, dass „wir alle im selben Boot sitzen“ oder

auch „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“. Blödsinn! Während Mate schitz, Pfeiffer & Co. fleißig weiter kassieren, steigt die Anzahl der Armen hierzulande. Was ist das für ei-

ne Welt, in der es Reichtum gibt, während andere nicht genug haben, um die Wohnung ordentlich zu heizen! Wenn die PolitikerInnen behaupten, sie „müssen leider“ sparen, dann ist das eine Lüge. Sie sparen bei uns, damit ihre FreundeInnen in der Wirtschaft weiterhin reich sind. Es ist nicht zu wenig da, es ist nur unglaublich ungerecht verteilt. Und um davon abzulenken, wird behauptet, „die Flüchtlinge“ oder auch „die Sozialschmarotzer“ seien schuld. Doch Armut kommt nicht von anderen Armen, sondern weil die Reichen immer reicher werden. Das ist die widerliche kapitalistische Logik. Schluss damit!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Enteignung der Superreichen – Geld für Bildung, Soziales und Wohnen!
- 50% Steuer auf nicht investierte Gewinne – das schafft Jobs!
- Für einen Aktionstag der Gewerkschaften – die Reichen sollen zahlen!



von Sonja Grusch Die Heuchelei jener, die von MigrantInnen verlangen, „unsere Werte“ zu respektieren, ist kaum zu überbieten. Am 24. Dezember gedenken sie der Herbergssuche der „heiligen Familie“ - gleichzeitig machen sie die Grenzen dicht. Sie empören sich über sexistische Übergriffe auf Frauen in der Sylternacht - gleichzeitig fordern sie Frauen auf, sich weniger „aufreizend“ anzuziehen. Sie verlangen die Anerkennung der Demokratie - gleichzeitig beschließen sie deren Einschränkung. Sie fordern, dass sich Moslems/Muslima mit der Religionsausübung zurückhalten - gleichzeitig pochen sie auf christliche Feiern in Kindergärten und Schulen. Frei nach Marx sind die herrschenden Werte die

Die „Wertedebatte“ nervt gewaltig

Werte der herrschenden Klasse. Tatsächlich sind die „westlichen Werte“ recht mangelhaft. Für sie stellt der Schutz des Eigentums Weniger einen höheren Wert dar, als das physische Überleben Vieler! Die Demokratie ist daher auch beschränkt und endet beim Betreten von Arbeitsplatz oder Schule. Zweifellos ist die europäische Aufklärung eine Errungenschaft. Doch in der täglichen Praxis werden genau diese Werte nicht von Flüchtlingen angegriffen, sondern von Politik und Wirtschaft. Solidarität, Gleichberechtigung und Demokratie kann man nicht per Dekret oder Test lernen und abfragen. Das muss man in der Praxis lernen. In dem man sich selbst organisiert. Indem man sich gemeinsam mit anderen für Verbesserungen einsetzt. Wenn also Flüchtlinge gemeinsam mit HelferInnen und Gewerkschaften dafür kämpfen, dass das Geld von den Reichen geholt und für Jobs und Wohnungen für alle verwendet wird - dann ist das ein „learning by doing“. Und da zeigt sich dann auch ganz schnell, dass die Werte der Reichen und Mächtigen letztlich nur für sie selbst gelten.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Welche Gesetze werden beschlossen, und warum?

Mit dem Staatsschutzgesetz und den Änderungen des Sicherheitspolizeigesetzes wird ein noch umfangreicherer Geheimdienst eingerichtet und ausdrücklich zu allumfassender Ermittlung, Bespitzelung und Überwachung ohne richterliche Kontrolle ermächtigt. In den letzten Jahren gerieten vor allem AntifaschistInnen immer wieder ins Visier. Das wird nun noch leichter. So wird unter anderem die Störung einer (z.B. rechts-

extremen) Versammlung zu einem „verfassungsfeindlichen Angriff“, was schon die Überwachung großer Personengruppen erlaubt. Dies bedeutet etwa eine de-facto Kriminalisierung antifaschistischer Demonstrationen wie die der Offensive gegen Rechts. Zusätzlich soll verstärkt auf V(erbindungs)-Leute gesetzt werden - also genau jene Strukturen, mit denen in Deutschland die rechtsextreme Szene massiv aufgebaut wurde.



Aufrüsten im Namen der Angst

Die letzte Zeit kann einem Angst machen. Immer noch Wirtschaftskrise, und dazu scheint die ganze Welt auseinander zu fallen.

tungspaket von 288 Millionen für die Polizei: Vor allem für Spezialeinheiten, Kriegsgerät und gepanzerte Limousinen für das Es-

rechtfertigen PolitikerInnen, die sich sonst immer gegen Frauenrechte stark machen, Überwachung und Aufrüstung mit dem angeblichen Schutz von Frauen. Die geschürte Angst nützt auch bei der Aufrüstung des Justizsystems. Wer Angst hat, lässt sich leichter Rechte wegnehmen. Das Staatsschutzgesetz wurde beschlossen und die Vorratsdatenspeicherung soll durch die Hintertür wieder eingeführt werden. In Österreich gibt es keine nachweisbare „Terrorgefahr“ - und religiöse Radikalisierung kann nicht durch Vorratsdatenspeicherung verhindert werden, sondern durch Bildungs- und Jobperspektiven!

Berenike Spilka und Sebastian Kugler

Der österreichische Staat rüstet auf: Das Heer kauft ein, die Polizei investiert in Kriegsgerät.

Doch das Klima der Angst wird bewusst geschürt und benutzt, um den Staat der Reichen gegen kommenden Widerstand von unten aufzurüsten. Dies wird mit der Propaganda des „Zusammenrückens“ vertuscht. Nach dem Attentat auf Charlie Hebdo behaupteten alle, Charlie zu sein - und die österreichische Regierung beschloss sofort ein Aufrüs-

tablishment. Nach dem Attentat in Paris trauerte sogar der Saudische König, der mit dafür verantwortlich ist, dass solche Terrorgruppen Erfolg haben.

Nun werden Flüchtlinge, die vor Krieg, Terror, Imperialismus und dem radikalen Islam geflohen sind, als Agenten desselben verkauft. Nach den schrecklichen Übergriffen in Köln



Wie wird aufgerüstet? Und gegen wen?

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus werden erkämpfte demokratische Rechte abgebaut. Es dürfe „keine Denkverbote“ geben, heißt es. Auch Hausarrest für „Terrorverdächtige“ (also auch bekannte AktivistInnen oder kämpferische BetriebsratInnen), wie in Frankreich, kann möglich werden.

Neben dem „Anti-Terror-Paket“ will das Bundesheer die Miliz um insgesamt 9.000 SoldatIn-

nen aufrüsten. Auch ist geplant, die Polizei-Spezialeinheit Cobra mit gepanzerten Fahrzeugen und Hubschraubern aufzurüsten. Die Cobra besteht in Österreich bereits aus 450 Mann, dies entspricht in etwa der Größe aller Spezialeinheiten in Frankreich, das fast 10 mal so viele EinwohnerInnen hat. Neuanschaffungen bei Polizei und Heer sind gezielt auf bürgerkriegsähnliche Situationen und Aufstandsbekämpfung ausgerichtet.



Zielpunkt: Das dicke Ende kommt noch!

„Das waren die beschissensten Weihnachten überhaupt.“ So fasst eine Zielpunkt-Kollegin die Stimmung in einem In-

den Wochen werden alle Filialen geschlossen und alle Dienstverträge beendet. Es betrifft alle Filialmitarbeiter, denn es gibt

Holding sind gescheitert. In Krisenzeiten bringen sozialpartnerschaftliche Verhandlungen nichts. Die Forderung, das Ver-

tere Jobverluste geben. Was sagt Katzian? „Für die Beschäftigten ist das natürlich bitter.“ Bitter ist auch hier, dass von den Gewerkschaften nichts zur Sicherung der Jobs unternommen wird.

Zielpunkt-Beschäftigte zahlen Preis für Pleite: Doch das ist erst der Beginn einer größeren Krise.

terview für die SLP zusammen. Und beschissen geht es weiter. Die Hälfte aller Filialen sperrt zu. Die Zukunft für den Rest ist unklar.

Den KollegInnen fehlen Informationen. Gerüchte schwirren umher. Viele hoffen, für mindestens ein Jahr weiter arbeiten zu können. Dem stehen u.a. Aussagen der Wiener GPA Landesgeschäftsführerin Barbara Teiber entgegen: „In den kommen-

keine Garantie, dass ein neuer Betreiber die Belegschaft einfach mit übernimmt.“

Die Rolle der Gewerkschaft war und ist katastrophal. GPA-Chef Katzian & Co. sind rücktrittsreif. Anstatt für die gefährdeten Jobs zu kämpfen haben sie die Pleite verwaltet. Auch die Verhandlungen für einen Sozialplan für die KollegInnen bei Pfeiffer Logistik und Pfeiffer

mögen von Pfeiffer heranziehen, hat die Gewerkschaft nicht aufgestellt.

Es gab schon erste Folgepleiten, darunter Fleischproduzent Schirnhofer. Die Schirnhofer Holding hat 6.6 Millionen Euro Schulden, unter anderem bei der Stadt Wien! Erst im Februar wird man wissen, wie viele andere Unternehmen von der Zielpunktpleite mitgerissen werden. Es wird wei-

Dabei könnte die Gewerkschaften mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn in den Kampf ziehen. Das schafft Jobs im Handel und entlastet überarbeitete KollegInnen. Diese und andere Forderungen könnte man zunächst in einer Strategiekonferenz für Beschäftigte und KundInnen vorstellen und diskutieren, gefolgt von Betriebsversammlungen und weiteren Kampfmaßnahmen.

Christian Bunke

Pfeiffer enteignen – Jobs retten!

Zielpunkt-Besitzer Pfeiffer hat laut Trend ein Privatvermögen von 700 Millionen Euro. Auf der Liste der reichsten Österreichischen steht er auf Platz 43. Hier liegt das Geld, das den entlassenen KollegInnen jetzt fehlt. Bei den Niedriglöhnen im Handel können sie von solchem Reichtum nicht mal träumen – obwohl sie den Reichtum erarbeitet haben. Das hätten die Gewerkschaften aufgreifen müssen.

Auf den österreichischen Handel rollt eine Krise zu. Rainer Will, Geschäftsführer des österreichischen Handelsverbandes, dazu: „Der Handelsverband weist schon länger darauf hin, dass sich die Marktplatzregeln ändern und sich 80.000 der 326.000 Stellen im Einzelhandel auch wegen der Online-Marktverlagerungen im Wesen wandeln werden.“ Vor allem auf dem Land sind schon viele Nahversorger zu-

Die Gewerkschaft hat dabei keinerlei Widerstand der Beschäftigten organisiert. Eine Kollegin: „Die Gewerkschaft hat uns Honig ums Maul geschmiert, damit wir arbeiten bis zum Schluss.“ Und: „Der Betriebsrat hat gewusst, dass es kriselt, aber wir nicht.“ Wir brauchen endlich demokratische Strukturen in den Gewerkschaften. Sofortige Abwahl aller FunktionärInnen, die ihre KollegInnen nicht ordentlich vertreten.

Rewe, Spar und Hofer haben gemeinsam einen Marktanteil von 85%. Zielpunkt war ein vergleichsweise kleiner Fisch. Und doch wird die Marktkonzentration zunehmen. Das kann für die KundInnen Preissteigerungen bedeuten. Warum sollen wir uns durch ein Handelskartell erpressen lassen? Sofortige Verstaatlichung der großen Handelskonzerne mit demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte und KundInnen.

Der rechte Rand

62,9% der WählerInnen machten Andreas Rabl von der FPÖ in der Stichwahl zum neuen Welser Bürgermeister. Aber wer hat damit eigentlich gewonnen?

Am 9.11.15 trat er sein Amt an, schon ein Monat später wurden im Budget der Stadt 1,1 Millionen an Fördermaßnahmen gestrichen: Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste, Maßnahmen für barrierefreies Wohnen und Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Wohnungszuschüsse für Jugendliche, Familien und AlleinerzieherInnen. Der Zugang zu Fördermaßnahmen für Unternehmer wurde dafür durch Abbau von Richtlinien deutlich erleichtert. Sozialer Kahlschlag für die Bedürftigen und Hohen der Reichen ist das Programm. Besondere Attacken fährt Rabl gegen MigrantInnen, die er von Sozialleistungen ausschließen möchte, wenn sie sich „nicht integrieren“. Mit solchem Rassismus versucht die FPÖ recht offensichtlich davon abzulenken, dass sie nicht nur der Feind von MigrantInnen ist, sondern auch aller ArbeiterInnen in Österreich.

Übrigens wurden die Sozial-Kürzungen mit breiter Mehrheit beschlossen, zum Teil sogar einstimmig. ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos zeigen damit, welche Alternativen sie zur FPÖ Politik haben: nämlich keine.

Für die Welser Jugend hat die FPÖ auch noch Kürzungen auf Lager. Schon früher versuchte sie das beliebte Jugendzentrum „Schlachthof“ (ca. 30.000 BesucherInnen/Jahr) um seine lächerlichen 9.900€ Förderung zu bringen. 80.000€ für das Wagner-Festival waren hingegen kein Problem. Wieder einmal: Elitenstatt Jugendkultur...

Tilman M. Ruster

Österreichische Waffen- und Rüstungskonzerne wie Glock oder die Steyr Mannlicher GmbH machen Profite mit Waffenlieferungen an Diktaturen und in Krisenregionen – mit Genehmigung der Bundesregierung. Das ist nichts neues und sorgt immer wieder für mediales Aufsehen.

Wie solche Waffenlieferungen verhindert werden können, zeigt ein Beispiel aus der ersten Republik: Zum Jahreswechsel 1932/33 will die Dollfuß-Regierung klammheimlich fast 85.000 Karabiner und Maschinengewehre aus Italien an die faschistische Horthy-Regierung in Ungarn liefern, um deren Diktatur zu stärken. Ein Teil der Waffen ist für die Auf-

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

rüstung der faschistischen Heimwehren bestimmt, den bewaffneten Arm der Christlich-Sozialen Partei (heute ÖVP). In der Hirtenberger Waffenfabrik sollen die alten Waffen vor dem Weitertransport überholt werden. Den Eisenbahnhern, die für den Transport gebraucht werden, werden Prämien versprochen, wenn sie nur kein Wort über die Lieferung verlieren. Doch die Verschwörung wird von Eisenbahnhern aufgedeckt. Die „Arbeiter Zeitung“ berichtet über die „Hirtenberger Waffenaffäre“. Offensichtlich sollen die Waffen gegen die ArbeiterInnenbewegung in Österreich und Ungarn gerichtet werden. Die Gewerkschaft der Eisenbahner kündigt an, den Transport der Waffen mit Streiks zu verhindern, sollte die Regierung an ihren Plänen festhalten und zwingt sie dadurch, das Vorhaben aufzugeben. So wird die Aufrüstung der faschistischen Horthy-Banden fürs Erste verhindert.

Flo Klabacher



Zur Kasse gebeten

Seit **Anfang des Jahres** gilt die „Registrierkassenpflicht“. Zu jedem Café oder Mittagessen soll-

den – Schwarzarbeit ist die Gastronomie einsame Spitze. Da die neuen Kassen nicht nur mit € 200.-

Die Gastronomie versucht, die Beschäftigten für ihre Zwecke zu missbrauchen – einmal mehr.

te es jetzt einen Kassabon geben. Die Gastronomie schäumt, das würde den Tod vieler Betriebe bedeuten. Im Wesentlichen geht es darum, die im Gastgewerbe weit verbreitete Praxis der umfangreichen Steuerhinterziehung (30% und mehr) zu reduzieren. Auch bei der – für die Betriebe steuer- und sozialversicherungsschonen-

gefördert, sondern auch von der Steuer abgeschrieben werden können, richtet sich die Aufregung v.a. dagegen, dass nun „normal“ Steuer bezahlt werden muss. Zum Vergleich: Unselbstständig Erwerbstätige haben gar nicht die Chance, Steuern zu hinterziehen. Das können nur Selbstständige/Unternehmen!

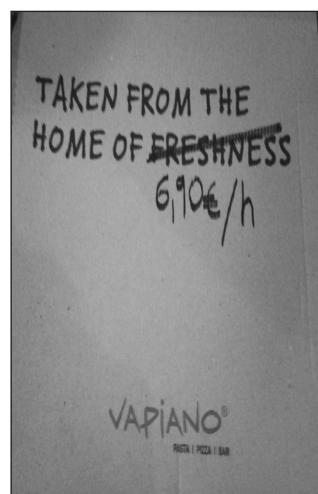
Bemerkenswert ist, dass die Gastronomie die Beschäftigten als Opfer der Registrierkassenpflicht darstellt. Tatsächlich sind die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie eine Katastrophe. Ein Stundenlohn von rund acht Euro, Nacht- und Wochendarbeit sind die Regel. Den ganzen Tag auf den Beinen, Stress und für Frauen sexuelle Belästigung in großem Umfang. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten ist mit dem Einkommen unzufrieden. Verantwortlich dafür sind die UnternehmerInnen, die wohl auch froh darüber sind, dass grad mal 19% der Betriebe einen Betriebsrat haben. Sie fordern noch mehr „Flexibilität“ bei

der Arbeitszeit (also Arbeit auf Abruf).

Gerade jetzt ist es wichtig, klar zu machen, dass eventuelle Mehrarbeit durch mehr Personal bzw. mehr Gehalt abgeglichen werden muss. Wenn Unternehmen behaupten, sie „müssten“ nun weniger bezahlen bzw. die Beschäftigten noch mehr auspressen, dann müssen die gesamten Firmenunterlagen von Beschäftigten und GewerkschaftsvertreterInnen untersucht werden, um zu sehen, wo das Geld geblieben ist. Nicht Beschäftigte & Chefs gegen das Finanzamt, sondern Beschäftigte & Gewerkschaft gegen Ausbeutung – das muss die Devise sein!

Sonja Grusch

Interview mit einem Beschäftigten in der „Systemgastronomie“



Du arbeitest bei einer Fast-Food-Kette, wie ist die Atmosphäre im Betrieb?

Es ist eine extrem belastende Arbeit – psychisch wie auch körperlich. Wenn man Glück hat, kommt man nach acht Stunden nach Hause, hat man Pech, dann können es auch zehn werden. Wie auch immer, nach der Arbeit spürt man jeden einzelnen Knochen. Die 6,90€/Stunde machen es nicht erträglicher und dementsprechend ist auch die Stimmung. Steht man

mit KollegInnen im Belegschaftslift, kommt es oft vor, dass alle mit der Stirn an der Wand lehnen und es nicht mehr packen.

Betriebsräte und Gewerkschaften sind schwach in der Branche, führt das zu Schwierigkeiten?

Klar. Erst vor kurzem habe ich erfahren, dass wir überhaupt einen Betriebsrat haben – er ist Manager. KollegInnen müssen trotz Krankschreibung in die Arbeit gehen, wei-

gern sie sich, kommt es vor, dass einem mit Kündigung gedroht wird. V.a. migrantische KollegInnen sind leichter erpressbar und gehen dann öfter krank arbeiten. Ich würde mir wünschen, dass die Gewerkschaft etwas unternimmt, um uns zu organisieren und für höhere Löhne zu kämpfen. Die Bereitschaft wäre da, wir würden sofort streiken, wäre die Gewerkschaft dabei, um uns vor Kündigungen zu schützen!

„Wir sind sozial, aber nicht blöd!“

Der Kollektivvertragsabschluss (Lohnerhöhung 1,35-1,4 %, keine Arbeitszeitverkürzung) im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich ist für die Beschäftigten eine Katastrophe. Obwohl die BetriebsräteInnenkonferenz in Wien sogar der Forderung nach 7 % (mindestens 200 €) zugestimmt hat, ist nichts dafür getan worden.

Die SLP hat die Initiative „Wir sind sozial, aber nicht blöd!“ mit gegründet, die sich aktiv für höhere Löhne, weniger Arbeitszeit, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen einsetzt. Im Gegensatz zur Gewerkschaft hat diese Kampagne KollegInnen an der Basis mobilisiert und eingebunden. Mit einer Unterschriftenliste haben wir auf die Forderungen aufmerksam gemacht, auch um Druck auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen, damit diese endlich die Wut der Beschäftigten in Kampfmaßnahmen umsetzt.

In Linz hat die SLP zwei Kundgebungen organisiert. Die Zustimmung war groß. Wir trafen Beschäftigte und Betroffene, die unterschrieben und sich Unterschriftenlisten mitnahmen, um in ihren Einrichtungen weiter zu sammeln. Wir beteiligten uns auch an einer Kundgebung einer Plattform von Menschen mit Behinderung. Gefordert wurde die Ausfi-

Jan Millonig

nanzierung des ausgebluteten Behindertenbereichs in Oberösterreich. Wir betonten die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes von Beschäftigten und Betroffenen – für mehr Geld durch die Politik, für mehr Beschäftigte, für höhere Löhne. AktivistInnen der SLP besuchten u.a. auch den Verein GIN (Gemeinwesenintegration und Normalisierung) und das Pflegeheim Brigittenau in Wien, um für die Forderungen Unterstützung zu gewinnen. Die Unterschriftenliste erhielt viel Zuspruch unter den KollegInnen. Zuletzt hat „sozial, aber nicht blöd“ auch eine Aktion vor der letzten Verhandlungs runde gemacht, um den VerhandlerInnen klar zu machen, dass wir uns einen schlechten Abschluss nicht leisten können.

Die Aktionen und die große Zustimmung unter den KollegInnen zeigen, dass eine Kampagne der Basis möglich ist. Das ist der einzige Weg aus dem Teufelskreis von faulen Compromissen. Nur gemeinsamer Widerstand von unten kann echte Verbesserungen erkämpfen. Die Strategielosigkeit der Gewerkschaftsführung schafft nur Niedriglohnsektoren, Burn Out-Arbeitsplätze und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Jan Millonig

Weil FPÖ-Stadtrat Hein die 2015 installierten homosexuellen Ampelpärchen abmontieren ließ, organisierte ein breites Bündnis eine Demo. SLP-AktivistInnen beteiligten sich daran und erklärten im Flugblatt: „Der Kampf gegen Diskriminierung darf nicht bei Symbolen stehenbleiben. Langfristige Kampagnen in Schulen und Betrieben sind nötig, wir müssen erklären, dass homophobe Spaltungsversuche vor allem dazu



Graz: Kampagne gegen Rechts

Am 23.1 findet der Grazer Akademikerball statt, ein Event, wo sich Bur- schenschafter und andere Rechtsextreme mit Politik und Wirtschaft vernet-

nen durch. Dabei wurden zahlreiche Flyer verteilt, neue Kontakte geknüpft und viele Gespräche mit PassantInnen geführt. Das Feedback war sehr

punkt unserer Kampagne ist eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie Bur- schenschaften bekämpfen?“, zu der VertreterInnen der Grünen, der KPÖ

Zusammen ein starkes linkes Zeichen gegen den Rechtswalzer setzen!

zen. Das Bündnis „Offensive gegen Rechts“ (OGR) ruft wie schon letztes Jahr auf, dagegen auf die Straße zu gehen. Die SLP organisiert eine Kampagne für die Mobilisierung zur Demonstration: „Widerstand von unten gegen Rassismus von oben!“

Im Rahmen der Kampagne führt die SLP pro Woche bis zu drei Kundgebungen und Aktio-

positiv, wie man z.B. am Applaus von mehreren migrantischen Jugendlichen bei einer Rede eines Aktivisten zur Flüchtlingsproblematik merkte. Weiters fand auf unseren Vorschlag hin am 16.1 ein Aktionstag der OGR statt, an dem in der ganzen Innenstadt die Demonstration beworben wird. Auch hier war die SLP zentral dabei. Ein Höhe-

Steiermark, der Universität und der Gewerkschaft geladen sind.

Ziel der Kampagne ist es, v.a. möglichst viele, die mit uns aktiv werden wollen zu erreichen. So schaffen wir nicht nur eine möglichst laute und kämpferische Demonstration, sondern auch künftig starke antifaschistische Proteste.

Melanie P.

Linz: Demo gegen Homophobie – der Kampf geht weiter!



dien, ArbeiterInnen gegeneinander auszuspionieren. Besonders Gewerkschaften sind gefordert, denn es zeigt sich: Jene PolitikerInnen, die gegen LGBT-Personen hetzen, stehen immer auch für Kürzungspolitik. Wir bekamen sehr gute Rückmeldungen für unser Material. Zwei Demonstrantinnen halfen spontan beim Verteilen. Danach gab's noch eine ausführliche Diskussion über mögliche nächste Schritte.

Termin des Monats



12. Februar: Führung & Musik

Wir bewegen uns auf den Spuren des Widerstandes der österreichischen ArbeiterInnenklasse gegen den Faschismus. Beispiele für die Kämpfe, den Verrat der sozialdemokratischen Führung und den Heldenmut von einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern. Mit musikalischen Beispielen von und über die Februarereignisse.

Freitag, 12. Februar 2016 – Treffpunkt um 17⁰⁰ Uhr am Friedrich-Engels-Platz (Wien 20)

Unternehmer sind die wichtigsten Stützen der Gesellschaft. Sie schaffen Jobs und helfen so dem kleinen Mann/der kleinen Frau. Ein Beispiel dieser Spezies ist der Transportunternehmer Gerhard Stadler, der Menschen illegal angestellt hat. So haben selbst Leute ohne Arbeitserlaubnis die Chance gehabt, ihre Existenz zu sichern. Ok, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung waren so mies, dass es unter seinen Beschäftigten sogar einen Selbstmord gab. (Zynismus off)

Dass Herr Stadler aufgrund von diversen Beträgereien nun sechseinhalb Jahre im Gefängnis sitzt, trägt auch nicht unbedingt dazu

Rote Seitenblicke

bei, das Unternehmertum sympathischer zu verkaufen. Aber wie von Wirtschaftskammer & Co. betont wird, sind das alles nur Einzelfälle. Alle Verbrechen, die von UnternehmerInnen verursacht werden, werden uns als Produkt individuellen Fehlverhaltens verkauft. Doch Stadler tat, was KapitalistInnen halt so tun, um Profite zu machen: Subfirmen bzw. verflochtenes Firmennetzwerk, miese Bezahlung, illegale Anstellung und wohl auch illegale Arbeitszeiten. Vielleicht machte es Stadler ein bisschen skrupelloser als andere in der Branche. Doch er war wohl nicht das einzelne „Schwarze Schaf“ (O-Ton Wirtschaftskammer). Die ganze Branche ist bekannt für ihren ausbeuterischen Umgang mit Beschäftigten und die Umgehung von Bestimmungen. Anders kann eine Firma im Kapitalismus auf Dauer nicht bestehen. Das ist Kapitalismus; ein System, das Menschenleben und Arbeitskraft frisst und Gold für ein paar Wenige scheißt.

Simon Salzmann



Rapid greift nach dem Börserl!

Seit langem hat der Verein trotz beachtlicher Erfolge offenbar kein Geld. In manchen Jahren wurden alle Spieler, die die Outline rauf- und runterlaufen

pitalistisch zu tarnen: „Wir zahlen lieber Zinsen an unsere Fans, als an die Banken!“. In Wirklichkeit aber werden die Ertragsaussichten von ExpertInnen eher

wenn Rapid kein Geld hat, gibt's auch keines zurück.

Geübte Rapid Fans kennen das schon: die Rapid Aktie. 1991 am Beginn des neoliberalen Hypes ging

servative Presse kam nicht umhin zu bemerken, dass er bei Rapid mehr nach Unternehmensberatung als Gewerkschaft klingt. Insofern ist der neoliberalen Versuch auch nicht so überraschend und ist ein Spiegelbild der völlig verbürglichten SPÖ. Wir sehen in der Wirtschaft schon seit längerem den Trend, das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten abzuladen. Das Gleiche passiert hier auch, nur halt auf die Fans! Also nix mit „alternativ“ und Einbindung der Fans, sondern Abzocke und in Wirklichkeit Neoliberalismus pur! Stattdessen braucht es dringend demokratische Strukturen und mehr Mitsprache der Fans. Wir sind es, die den Verein tragen und unterstützen.

Albert Kropf

Wenn sich Rapid-Fans der Bauch vekrampft, steht kein Derby, sondern eine Transfer-Periode an.

konnten ohne umzufallen, verkauft. Damit soll jetzt Schluss sein.

Ende November präsentierte Rapid ein neues Konzept. Mittels des „InvestOR“ sollen einige Millionen Euro in die Klubkassa gespült werden. Die Zielgruppe dabei sind die Rapid-Fans. Im Prinzip sollen sie Rapid ein möglichst günstiges Darlehen geben. Anfangs wurde sogar versucht, das ein wenig antika-

gering eingeschätzt. Je nach Produkt hängt die Höhe der Zinsen vom sportlichen Erfolg ab. Für das Erreichen des Euro-League Finales gibt's dann zum Beispiel 3,5%. Erfahrungsgemäß kommt das aber nicht so oft vor. Gut, Zinsen gibt's sonst auch eher wenig, allerdings bleibt die Frage wie sicher das Geld angelegt ist. Rechtlich gesehen handelt es sich um ein „nachrangiges“ Darlehen. Das heißt,

Rapid an die Börse und griff auch damals den Fans tief ins Börserl. Der Versuch endete 1994 mit einem mords Bauchfleck. Rapid war pleite, im Ausgleich und schrammte nur kurz an der Auflösung vorbei. Interessant ist der neue Vorstoß auch wegen des neuen Geschäftsführers Christoph Peschek. Er kam 2015 nach einer steilen Karriere bei Gewerkschaft und SPÖ zu Rapid. Selbst die kon-

Profite aus brauner Ideologie

Mit 1.1.2016 lief das Urheberrecht für Hitlers „Mein Kampf“, der ideologischen Basis der Verbrechen des Nazi-Regimes, aus. Seit 1945 hielt Bayern die Rechte und untersagte Nachdrucke. Doch mit Jahresanfang ist es jeder/m erlaubt, es zu drucken und daraus Profit zu schlagen.

Schon seit der ersten Auflage ist dieses Buch eine rentable Geldquelle. Hitler selbst machte ein Vermögen damit. Zu Kriegsende hatte er umgerechnet

ca. 40 Millionen € am Konto. 2/3 davon stammte aus dem Verkauf von „Mein Kampf“.

Auch nach dem Ende des NS-Regimes wird und wurde mit dem Buch Geld gemacht. Immer wieder tauchen Nachdrucke auf, teilweise in einer Auflagenhöhe von mehreren Tausend, online kann man für 12.000 € eine Erstausgabe ersteigern und in Japan ist sogar eine Manga-Comic-Version im Umlauf. Für 2016 hat schon der französische Verlag „Faya-

rd“ einen Nachdruck angekündigt.

In Deutschland und Österreich wird es wegen des Verbotsgegesetzes keine (legalen) Neuauflagen geben, außer einer kommentierten Ausgabe. Doch durch Fußnoten allein lässt sich Faschismus nicht bekämpfen. Diese Ideologie, die fest im Kapitalismus verwurzelt ist, und die Profitmacherei mit und für diese lässt sich nur durch Antikapitalismus & Antifaschismus bekämpfen.

Nicolas Prettner





Brennpunkt Türkei: Erdogans Bürgerkrieg

In der Türkei herrscht Bürgerkrieg. Auch wenn dieser Fakt noch nicht in der bürgerlichen Medienlandschaft beim Namen genannt wird ist er dennoch traurige Realität. Der türkische Staat geht unter Führung der Erdogan-AKP-Regierung brutalst gegen die kurdische Bevölkerung vor. Mehr als 220 Zivilisten sollen in

kurdischen Bevölkerung und dem türkischen Staat scheint auf einen neuen Höhepunkt zuzusteuern, doch der Hintergrund der neuen Eskalation ist nicht nur die sogenannte „Kurdenfrage“.

Erdogans Regime hat in der jüngeren Vergangenheit herbe Niederlagen einfahren müssen: Der Verlust der absoluten

macht, für ArbeiterInnen aber wenig übrig hat.

Diese Entwicklung will die AKP-Regierung „korrigieren“. Sie präsentiert sich mit Erdogan an der Spitze als die starke Kraft im Land. Der Friedensprozess und Waffenstillstand mit der kurdischen Miliz PKK wird aufgelöst, mehr als tausend linke Aktivis-
tInnen werden landesweit

wählen im November die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Doch die HDP schafft ebenfalls die 10% Hürde erneut, bleibt im Parlament vertreten und ist somit weiterhin ein Dorn im Auge des türkischen Staates.

Was Erdogan in Bewegung gebracht hat, ist nicht einfach so zu stoppen. Der Krieg gegen die KurdInnen muss aus Sicht der Regierung weitergehen, weil er auch ein Ablenkungsmanöver von der zunehmend schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage ist. Während Erdogan mit Panzern in den „eigenen“ Städten aufrollt und russische Flugzeuge in Syrien abschießen lässt, kassiert er von der EU drei Milliarden Euro, um mit Wasserwerfern Flüchtlinge über die syrische Grenze zurückzudrängen und so den Flüchtlingsstrom kappen.

Erdogan versucht die zunehmende soziale Krise, die politischen Kon-

Wider den Krieg gegen KurdInnen, Angriffe auf Linke und ArbeiterInnen braucht es Widerstand und Streiks!

den Angriffen des türkischen Militärs auf kurdische Städte in den letzten Wochen getötet worden sein. Tausende Soldaten sind im Einsatz, 1.5 Millionen Menschen von Ausgangssperren in zahlreichen kurdischen Bezirken und Städten betroffen und mehr als 300.000 davon auf der Flucht. Der Konflikt zwischen der

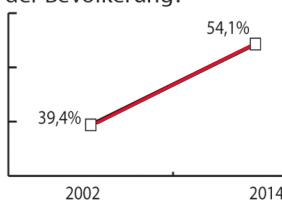
Mehrheit im Juli 2015, der Wahlsieg der pro-kurdischen Linkspartei HDP, Bekanntwerden der Verwicklungen in Korruptionsfälle. Dazu kommen immer breitere Schichten, die sich gegen ihn richten, weil die Wirtschaft zu stottern beginnt und immer offensichtlicher wird, dass Erdogans Politik v.a. die Reichen immer reicher

verhaftet. Die Bombenattentate in Suruc und Ankara werden als Vorwand missbraucht, den „Krieg gegen den Terror“ gegen diejenigen zu führen, die Ziel dieser Attentate waren - KurdInnen, SozialistInnen, GewerkschafterInnen. Somit schafft es die AKP, das rechtsextreme Lager hinter sich zu scharen und bei den Neu-

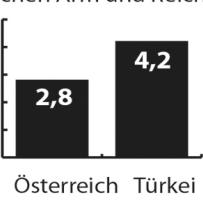
flikte, den wirtschaftlichen Niedergang und die Unzufriedenheit im Westen mit einer Militäroffensive im Osten des Landes zu verdecken. Doch es gibt Widerstand: Friedensmärsche werden gestartet, um Ausgangssperren zu durchbrechen und die Belagerungen von kurdischen Städten zu beenden. Erdogan eskaliert weiter und zahlreiche Friedensdemonstrationen werden auch im Westen von der Polizei angegriffen. Die massive Zunahme von Streiks im Jahr 2015 und der Erfolg der HDP, der auch von vielen türkischen WählerInnen getragen wurde, haben gezeigt, dass ein Schulterschluss zwischen sozialen Kämpfern von türkischen und kurdischen ArbeiterInnen mit dem kurdischen Befreiungskampf möglich ist. Diese Verbindung ist der Schlüssel zum erfolgreichen Widerstand gegen Erdogans Kriegspolitik!

Michael Gehmacher

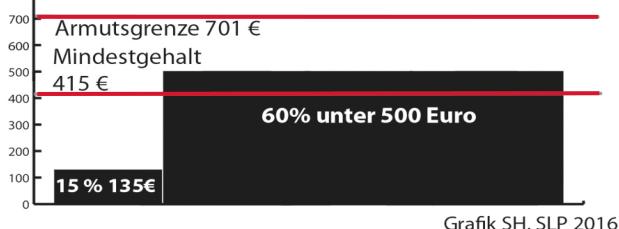
AKP-Regierungszeit: Wieviel **Vermögen** besitzt in der Türkei das reichste 1% der Bevölkerung?



Gini-Koeffizient = Messinstrument für Armut: je höher umso größer die Schere zwischen Arm und Reich



Monatsverdienst in der Türkei



Zahlen und Fakten zur Türkei

Aufschwung auf Pump:

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 800 Milliarden Dollar ist die Türkei die 17.-größte Wirtschaft der Welt. 2002-12 wuchs die Wirtschaft um fast 400%. 1992-2013 wurden 126 staatliche Unternehmen und Infrastruktur privatisiert, das brachte 35,5 Milliarden Dollar, um kurzfristig der steigenden Staatsverschuldung entgegen zu wirken. Zusätzlich wurden massiv Kredite bei internationalen Banken aufgenommen. Hunderte Luxus-Einkaufscenter und Wolkenkratzer wurden gebaut.

Soziale Lage verbessert?

Die extreme Armut fiel 2002-12 von 13% auf 4,5%; die mäßige Armut von 44% auf 21%. Das ist aber großteils auf die hohe Verfügbarkeit von Privatkrediten, die langfristig eine Verschärfungen der Armut bringen, zurückzuführen. So ist die Anzahl der Kredite an Private seit 2008 um 400% gestiegen. Die 74 Millionen EinwohnerInnen besitzen 57 Mio. Kreditkarten.

Die soziale Ungleichheit ist enorm:

Die untersten 10% bekommen nur 2% des

BIPs, die obersten 10% aber 34%. 2002 besaß das reichste Prozent der Türkei 39,4% des Vermögens. 2014 waren es schon 54,3%. Gleichzeitig leben 60% der Haushalte von €500/Monat, 15% der Bevölkerung von offiziell 135€/Monat, 15% der Bevölkerung von offiziell €135/Monat. Die Arbeitslosenquote liegt 2015 offiziell bei 11,43%.

Militärmacht:

Die Türkei ist Mitglied der NATO und die 10.-stärkste Militärmacht weltweit. Hier sind auch Atomwaffen der NATO stationiert. Ca. 650.000 sind als Militärpersonal im Einsatz, darunter 4.700 bei der Küstenwache und 170.000 Gendarmen. In der Reserve sind weitere ca. 400.000. Es stehen außerdem ca. 10.000 gepanzerte Fahrzeuge, 1.000 Militärflieger und ca. 100 Kriegsschiffe zur Verfügung. Jährlich werden so rund 18-25 Millionen Dollar (2,4% vom BIP) fürs Militär ausgegeben. 2014 hatte die Türkei weltweit die 15. höchsten Militärausgaben. Die größten Rüstungs- und Waffenlieferanten sind die USA, Deutschland und China.

Nikita Tarasov

Die AKP-Regierung beherrscht die Türkei seit fast 14 Jahren. Der Aufstieg zur Macht ist mit jenem von Recep Tayyip Erdogan eng verbunden, denn er ist der Mitgründer und umstrittener Führer der „islamisch-demokratischen“ Bewegung.

die AKP. Besonders in den armen und ländlich geprägten Gebieten Anatoliens liegt die Machtbasis des Erdogan Regimes. Er kann in den religiös geprägten Gebieten als starker Mann der islamischen Werte punkten. Zusätzlich wurden besonders in

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.“ – Tayyip Erdogan

AKP steht für „Aufstiegs und Gerechtigkeitspartei“, die strahlende Glühbirne ist ihr Logo. Und viel hatte Erdogan versprochen: Zu einem Hort der politischen Stabilität wollte er die Türkei machen. Er versprach zu demokratisieren und den Einfluss des Militärs zurückzudrängen.

Zu einem wirtschaftlichen Aufstieg kam es in den Jahren unter Erdogan tatsächlich, doch die Hauptprofiteure des Booms waren die kapitalistische Minderheit des Landes und die Erdogan-Clique selbst. Gerechtigkeit hat die AKP nicht gebracht, weder ökonomisch, noch politisch oder gesellschaftlich – die Schere zwischen einer kleinen Minderheit von Superreichen und Millionen in Armut war noch nie so groß.

Tatsächlich hat es seit 1950, drei Militärputschen und zahlreichen Regierungswechseln keine Partei geschafft, solange an der Macht zu bleiben wie

jenen Teilen Autobahnen, Wohnanlagen, Flughäfen, Schulen und Spitäler gebaut. Die Bevölkerung hatte in den Jahren des Aufschwungs plötzlich Zugang zu gratis Gesundheitsversorgung, es wurde in ihre unmittelbare Infrastruktur investiert und besonders Menschen, die für den Staat arbeiteten wurden und werden heute noch mit leistungsbarem Wohnraum und sicheren Gehältern ans Regime gebunden.

Der Kopf der AKP spielt gerne den einfachen Mann des Volkes, der sich aus dem Istanbuler Arbeiterbezirk Kasımpaşa nach oben gekämpft hat. Er kommt früh in Kontakt mit islamisch-reaktionären Kräften und bleibt diesen Inhalten treu. 1994 wurde er überraschend zum Bürgermeister Istanbuls gewählt, 2001 gründet er dann seine AKP. Er geht massiv gegen den Einfluss des Militärs vor und beseitigt die alte keimalistische Machtelite und ersetzt sie durch sei-

ne Leute, regiert mit zunehmend diktatorischen Ausprägungen und benimmt sich wie ein Feudalfürst. Viele landen wegen „Majestätsbeleidigung“ im Gefängnis. Er will die Verfassung ändern und ein Präsidialsystem einführen. Das würde bedeuten, dass er das Land per Dekret regiert und das Parlament jederzeit auflösen kann. Die Türkei soll zur zentralen Macht in der Region ausgebaut werden – wirtschaftlich, aber auch militärisch.

Die reaktionären und religiösen Ansichten der neuen herrschenden Schicht versucht er in allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen. Die Tradition der Türkei, die Religion zur Privatsache machte, wird beendet. Erdogan sieht Frauen als Gebärmaschinen, die mindestens drei Kinder bekommen sollten während der Mann arbeiten geht, Homosexualität ist etwas Teuflisches und Proteste gegen ihn würden vom Finanzkapital und dunklen Kräften gesteuert.

Heute ist jedoch der ökonomische Aufschwung und somit auch Erdogans politischer vorbei. Die türkische Wirtschaft steht auf extrem wackeligen Säulen, denn das Wachstum basierte auf einem durch Schulden und mit „Hot Money“ finanzierten Bau-Boom, der vor allem Teile des Klein- und Mittelkapitals massiv förderte. Mit ausländischen Krediten wurden binnen kürzes-



Erdogans Kampf



um die Macht

ter Zeit Dutzende von Mega-Einkaufszentren, Tunnel und Wolkenkratzer aus dem Boden gestampft. Aktuell soll der größte Flughafen der Welt entstehen. Eine riesige Creditblase wurde geschaffen, um Konsum durch Privatschulden massiv anzukurbeln – zwei Drittel der Bevölkerung sind verschuldet.

Im Mai 2013 explodierten die Widersprüche und es kam zu landesweiten Protesten. Ausgehend von UmweltaktivistInnen, die den berühmt gewordenen Gezi-Park be-

teufelt sie als TerroristInnen, die von außen gesteuert werden würden. Das öffnete vielen die Augen. Besonders jene, die selbst plötzlich zu Terroristen wurden, obwohl sie gerade erst zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teilgenommen hatten oder aus dem Fenster beobachteten wie Zivilpolizisten Menschen mit Farbflecken von den Gummigeschossen der Polizei verhafteten.

Die Propagandablase von der "stabilen und sozialen Türkei" ist endgül-

derstand seitens der ArbeiterInnenklasse. Als im Juni 2015 im westtürkischen Bursa die ArbeiterInnen der Automobilindustrie streikten, waren viele internationale Beobachter überrascht. Bursa gilt als Zentrum dieser Branche, große Konzerne lassen dort bauen. Staatsnahe Gewerkschaften garantierten Stabilität. Die ArbeiterInnen streikten nicht nur für höhere Löhne sondern auch gegen den staatsnahen Gewerkschaftsverband Türk-IS. Die Automobilbosse und die Türk-IS Spalte verteidigten sich mit dem Verweis auf große Lohnsteigerungen. Angesichts einer jährlichen Inflation von offiziellen ca. 8% und noch höheren Preissteigerungen spüren die ArbeiterInnen aber kaum etwas von den Lohnerhöhungen. Die Preissteigerungen sind für viele Menschen schwer zu verkraften und heizen die Unzufriedenheit an.

Mit dem Zusitzen der inneren Widersprüche des türkischen Staates lässt Erdogan immer deutlicher seine demokratische Maske fallen. Die GegnerInnen werden zahlreicher und kommen aus der Jugend, der ArbeiterInnenbewegung und den kurdischen Gebieten. Entscheidend wird sein, wann und wie der Widerstand gegen die AKP-Regierung sich neu entfacht und ob es einen gemeinsamen Kampf der türkischen, kurdischen und weiteren Minderheiten angehörenden ArbeiterInnen gibt!

Stefan Greider

setzten, gab es monatelangen Widerstand gegen die Regierung. Die Brutalität des Regimes heizte die Proteste an. Der von Tausenden besetzte Taksim-Platz war Symbol des Widerstandes, gegen das Erdogan Regime, gegen die Ungleichheit im Land, die Unterdrückung von Minderheiten, für LGBT- und Frauenrechte, gegen Kapitalismus und für eine solidarische und freie Gesellschaft. Erdogan setzt den Motor der Unterdrückung in Bewegung: Tränengas, Polizei-brutalität bis hin zu Toten, JournalistInnen, RichterInnen und StaatsanwälteInnen werden verhaftet. Das Medienmonopol Erdogans hetzt über sieben Fernsehkanäle und acht Tageszeitungen gegen die Protestierenden und ver-



Marx aktuell

Der wieder aufflammende BürgerInnenkrieg in den kurdischen Gebieten der Türkei zeigt einmal mehr die brutale Unterdrückung jeglicher Versuche nach kurdischer Selbstbestimmung. Der nationale Befreiungskampf ist nicht zu verwechseln mit dem reaktionären Nationalismus von europäischen oder türkischen FaschistInnen. Es geht um die Befreiung von Unterdrückung und nicht um die Unterdrückung anderer.

Schon immer haben verschiedenste Imperialismen und Diktaturen aus Angst davor, einen Teil des Staatsgebiets von Ressourcen, Absatzmärkten, Arbeitskräften etc. zu verlieren, alles getan um kurdische Selbstbestimmung zu verhindern. Und obwohl westliche Imperialismen im Moment aus taktischen Gründen die linke kurdische Bewegung in Rojava (Nordsyrien) bzw. die kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak unterstützen, halten sie trotz

Nationale Befreiung durch Sozialismus

des gleichzeitigen Massenmords an KurdInnen weiter zu Erdogan.

Die nationale Befreiung des kurdischen Volkes ist aber im 21. Jahrhundert v.a. eine Aufgabe der ArbeiterInnenklasse. Denn auch unter den KurdInnen in Syrien, der Türkei, dem Irak und dem Iran gibt es Großgrundbesitzer und KapitalistInnen, die andere Interessen haben als ArbeiterInnen und arme Bauern. Im kurdischen Regime im Nordirak kann eine kleine Minderheit durch Ölgeschäfte mit dem Westen, der Türkei und sogar dem IS enormen Reichtum sammeln, während die große Mehrheit in Armut lebt.

Die nationale Unterdrückung lässt sich mit einem fetten Bankkonto leichter ertragen und die KapitalistInnen der unterdrückten Nationen sind meist eine „Kompradorenbourgoise“, also abhängig vom Imperialismus und eng mit ihm verwoben. Auch in einem unabhängigen Kurdistan würde das türkische Kapital weiter herrschen – wenn es kapitalistisch bleibt.

Die nationale Befreiung ist ohne Sturz des Kapitalismus nicht möglich. Nur durch ein sozialistisches System, indem tatsächlich ArbeiterInnen und Arme über Wirtschaft und Wohlstand eines Landes verfügen, kann nationale Selbstbestimmung möglich werden, auch weil es keine Notwendigkeit und keine Nutznießer einer nationalen Unterdrückung mehr gibt.

Um das zu erreichen, braucht es die größtmögliche Einheit der ArbeiterInnen verschiedener Nationen. Die Methoden oder Forderungen von SozialistInnen müssen sich daran orientieren. Deshalb lehnen z.B. MarxistInnen Individualterrorismus ab: Die Selbstverteidigung von KurdInnen ist absolut legitim, doch Attentate der PKK mit der Ermordung von ZivilistInnen bzw. einfacher Soldaten und Polizisten treiben türkische ArbeiterInnen dem Staat in die Arme.

Wenn eine nationale Befreiungsbewegung ein sozialistisches Programm hat, dann bietet die Perspektive eines besseren Lebens und nationaler Selbstbestimmung für alle die Möglichkeit, ArbeiterInnen im Kampf für Sozialismus zu vereinen. „Sozialismus ... bedeutet keine privilegierte Elite, sondern das Recht der Menschen ihre Angelegenheiten selber zu lenken. Es bedeutet die Schaffung einer internationalen Gemeinschaft, eine Einheit basierend auf dem Respekt für Unterschiede und in der alle Rechte von Nationalitäten und Minderheiten respektiert werden. Es ist die Einheit der ArbeiterInnenklasse, die in einem Kampf für diese Gesellschaft entsteht, die die nationale Frage... lösen wird.“ (Peter Hadden, Troubled Times, 1995)

Christoph Glanninger



Die türkische Linke in Zeiten des Bürgerkriegs

Die innenpolitische Lage der Türkei ist zum Zerreissen gespannt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im kurdischen Südosten des Landes bricht der Guerillakrieg zwischen PKK und Armee wieder in voller Intensität aus. Gleichzeitig schreitet der autoritäre Staatsumbau und gesellschaftliche rollback der AKP ständig voran. Ent-

te. Nicht zu vergessen: Die heftige Demonstrations- und Streikwelle nach dem tödlichen Grubenunglück von Soma 2014.

Auch die politische Landschaft bewegt sich: Mit der HDP ("Partei der Völker") wurde 2012 eine neue, breite Linkspartei gegründet, die bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 aus dem Stand auf 13,1% der

bei einem Dilemma gegenüber. Einerseits muss sie die Erwartungen ihrer kurdischen WählerInnen erfüllen, als Vertretung eines - wenn auch links gedeuteten - kurdischen Nationalismus zu agieren. Andererseits als in der gesamten Türkei wählbare linke Kraft auftreten, die sich auch für die Interessen türkischer ArbeiterInnen und

den unter all den äußerst verschiedenen Strömungen zu provozieren, die die HDP bilden, von Grünen über kurdisch-nationalistische Kräfte bis hin zu MarxistInnen.

Auf türkische ArbeiterInnen wird die HDP solange nur eine begrenzte Attraktivität ausüben, wie sie die nationale Frage in Kurdistan und die soziale Frage in der ganzen Türkei im Grunde wie zwei voneinander getrennte Probleme behandelt. Um kurdische und türkische ArbeiterInnenbewegung dauerhaft miteinander zu verbinden, müsste aber gerade gezeigt werden, dass diese Themenfelder für beide untrennbar verbunden sind. Einerseits wird die kurdische Befreiungsbewegung niemals zum Ziel eines kurdischen Staates oder auch nur eines autonomen Kurdistans innerhalb der Türkei gelangen können, solange das autoritäre Regime in Ankara im nichtkurdischen Großteil der Türkei sozial stabil bleibt. Der Guerillakampf der PKK kann immer nur einen mäßig erfolgreichen Defensivcharakter tragen, aber niemals zu einem entscheidenden Sieg über die technisch und personell unendlich überlegene türkische Armee führen. Ein freies Kurdistan kann nicht auf dem Schlachtfeld erkämpft werden, sondern

nur durch die politischen Sympathien der ArbeiterInnen und Armen in Istanbul, Ankara und Izmir, durch ihre Weigerung, das Besetzungsregime in Kurdistan zu tragen. Andererseits muss den türkischen ArbeiterInnen und Armen die Wahrheit des Satzes von Karl Marx vermittelt werden, dass ein Land, das andere Völker unterdrückt, niemals frei sein kann und das Ende der Unterdrückung der KurdistInnen in ihrem eigenen Interesse liegt. Es wäre zu zeigen, dass der auf der Unterdrückung Kurdistans ruhende türkische Chauvinismus den Kitt darstellt, durch den Erdogan islamisch-konservative, faschistische und breite kleinbürgerliche Schichten vereinen und sein Regime notdürftig stabilisieren kann. Kampf gegen Ankaras Unterdrückung Kurdistans ist gleichzeitig Kampf gegen die politische Niederhaltung und ökonomische Ausbeutung der türkischen Massen durch das türkische Kapital und seinen Mann fürs Grobe - Erdogan. Nur durch den Grundsatz, dass die soziale Revolution in der Türkei und die nationale Befreiung Kurdistans zwei Seiten derselben Medaille sind, werden sich kurdische und türkische Linke vereinen und über die AKP triumphieren können..

Es brodelt in der Türkei - Zeit, Charakter und Aufgaben der türkischen Linken zu betrachten.

sprechend schwer sind die Herausforderungen an die türkische Linke. Nicht, als ob diese untätig wäre. Die Gezi Park-Proteste bewiesen das Mobilisierungspotential und die Kampfbereitschaft der türkischen Linken. Immer wieder erschüttern schwere Arbeitskämpfe Erdogans Regime. Dazu nur ein paar Beispiele der letzten Jahre: Die massiven, von der Regierung unterdrückten Metallarbeiterstreiks Anfang des Jahres. Die großen Arbeitskämpfe bei Tekel ab 2010. Die Streiks der öffentlich Bediensteten gegen Polizeigewalt 2013. In all diesen Arbeitskämpfen standen - was Erdogan besonders beunruhigt haben dürfte - türkische und kurdische ArbeiterInnen Seite an Sei-

Stimmen kam. Angesichts der bisherigen Zersplitterung des linken Milieus der Türkei war das ein bedeutender Schritt aus der politischen Isolation. Ebenso aus dem ethnischen Sektor, denn die HDP versuchte von Anfang an, sich als Vertretung sowohl der kurdischen als auch der türkischen ArbeiterInnen und Armen zu präsentieren. Nicht ohne Erfolg: Obwohl die HDP ihre stärkste Basis klar in den kurdischen Gebieten des Südostens hat, konnte sie auch in Wahlkreisen der westlichen Türkei Achtungserfolge erzielen. Dennoch wird die HDP in erster Linie als "KurdInnenpartei", ja als politischer Arm der PKK wahrgenommen, von deren Kadern die Gründung maßgeblich ausging. Die HDP sieht sich da-

Armer einsetzt. Wenn die Gründung der HDP auch Ausdruck der Einsicht der PKK-Führung ist, dass der Kampf gegen Erdogans Regime nur von den kurdischen und türkischen ArbeiterInnen gemeinsam gewonnen werden kann, wirken hier und da immer noch Traditionen des ethnischen Sektierertums nach. Erschwert wird die Aufstellung als in der ganzen Türkei wählbare ArbeiterInnenpartei auch durch das Fehlen eines marxistischen, klassenkämpferischen Programms. Die Breite und Offenheit der HDP stellt einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Isolation und Zersplitterung der türkischen Linken dar. Sie bedeutet aber gleichzeitig oft eine Verwässerung des Programms, um nieman-

Sex- und Rassismus: Nicht mit mir!

In der Silvesternacht werden in Köln Frauen von Gruppen von Männern sexuell belästigt. Ein Aufschrei geht durch die Medien, Zeitungen, TV und vor allem die sozialen Netzwerke greifen das Thema auf. Auch in anderen Städten melden sich Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind. Plötzlich ist überall über Sexismus zu lesen und darüber, dass Frauen häufig belästigt werden. Wurde sexuelle Belästigung bisher oft als Kavaliersdelikt behandelt, wird nun deutlich gemacht, dass es sich um ein Verbrechen gegen Frauen handelt.

Obwohl das eigentlich gut ist, hat das ganze doch einen ziemlich miesen Beigeschmack. Die Empörung kommt nämlich bei vielen daher, dass scheinbar viele der Täter Migranten waren. Plötzlich sind genau die Typen empört, die bisher meinten, ein „Klaps auf den Po“ wäre doch nur ein „netter Spaß“ und Frauen sollten sich doch über das Kompliment freuen. Rechte und Rechtsextreme, für die Frauen eigentlich besser zu Herd und Familie gehören und die z.B. gegen Abtreibung sind, spielen sich plötzlich als Frauenverteidiger auf. Und das stimmt ja auch irgendwie, doch wollen sie nur „ihre“

fb/nichtmitmir

Antisexismus-Komitee an der HTL Leonding

Mädchen werden von Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) mit allen Mitteln umworben. Es werden angenehmes Umfeld und nettes Miteinander präsentiert. Doch die Realität sieht oft anders aus. Mitschüler oder auch Lehrer zweifeln teilweise immer noch daran, ob „Technik“ was für Mädchen ist. In der HTL Leonding hat man deswegen ein Komitee gegründet, das sich mit Sexismus an der Schule beschäftigt.

Peter Hauer

(weißen) Frauen vor den Übergriffen der „Ausländer“ schützen. Das ist daselbe Besitzdenken, wie es auch bei religiösen Fundis zu finden ist.

Es stimmt also überhaupt nicht, dass hier ein Frauenbild wie aus dem Mittelalter von außen in unsere aufgeklärte Welt gebracht werden würde. Schließlich gibt es auch hierzulande ständig sexuelle Übergriffe gegen Frauen von hiesigen Männern, meist sogar von Bekannten oder Verwandten. Sexisten sind Arschlöcher – egal woher sie kommen, egal welche Religion sie haben. Die Angriffe sind zu verurteilen. Und der Rassismus, für den sie missbraucht werden ist es auch. In Köln haben am 9.1. tausende Menschen gegen die Angriffe auf Frauen UND gegen Rassismus demonstriert.

Da wurde auch gefordert, dass nicht die Polizei (die Frauen nicht schützt, dafür aber Nazis) sondern Frauenorganisationen und Gewerkschaftsbewegung alle Unterlagen über die Ereignisse der Silvesternacht bekommen, um sie zu untersuchen. „Nicht mit mir!“ – Gegen Sexismus und gegen Rassismus, das sagen auch immer mehr in Österreich! Werde mit uns aktiv!



Sozialarbeit gegen Sozialstaat

Seit Herbst '15 bin ich Zivildiener. Ich arbeite im Kindergarten, und in diesem Umfeld aus „Spiel und Spaß“ vergeht die Zeit wie im Flu-

Lohn fällt für Zivildiener recht bescheiden aus. Mein Stundenlohn von 2,50 Euro ist jedenfalls keine große Motivation, täglich um sechs Uhr

PädagogInnen sparen. So wurde ich des Öfteren gebeten, mir in den Weihnachtsferien nicht frei zu nehmen, da man ansonsten eine PädagogIn bezahlen müsste. Dieser würde Zuschläge bekommen, während an meinen 2,50 Euro nicht gerüttelt werden muss.

Durch den Einsatz von Zivildienern erspart sich der Staat die Lohnkosten von ausgebildetem Personal.

ge. Natürlich ist die Arbeit trotzdem sehr anstrengend und ich bin auch nach angenehmen Arbeitstagen immer sehr froh über den Feierabend. Der Einblick in den Beruf ist eine wertvolle Erfahrung, aber dafür muss man auch auf eine Menge Geld verzichten: Der

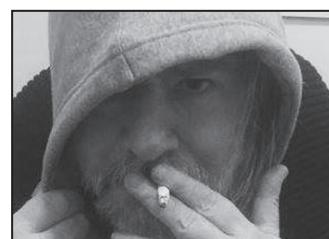
in der Früh aus dem Bett zu springen! Da kommt selbst bei den 40 Stunden, die ich wöchentlich aktiv bei den Kindern bin, nicht viel zusammen. Meine Vorgesetzten geben offen zu, dass sie sich durch die Zivildiener die Löhne für ordentlich angestellte, ausgebildete

Der Staat und die Trägervereine kürzen. Dass das letztendlich auf Kosten der Kinder geht, wenn ausgebildete PädagogInnen durch Zivildiener ersetzt werden, wird kaum vor einem verheimlicht. Wieso sollte es auch? Schließlich bekommt im Kapitalismus auch sonst niemand Arbeit, wenn nicht irgendwer daran verdient.

Ein Zivildiener



Kopf des Monats Wolfgang Purtscheller (1955-2016)



Wolfgang Purtscheller war ein unbeugsamer Kämpfer gegen rechts und ein wichtiger Aufdecker der rechten Verbündungen. Aus kommunistischer Tradition stammend wusste er, dass wir im Kampf gegen rechts nicht auf den kapitalistischen Staat setzen können. Wir trauern, doch seinen Kampf werden wir weiterführen!



Wählen in Hongkong: Der Regenschirm-Faktor

Ende November 2015 fanden Lokalwahlen in Hongkong statt. Klar ist, dass sie durch die Regenschirmbewegung 2014 politisiert wurden. Die Wahlbeteiligung lag deutlich höher als 2011 (47% statt 41%). Es gab Verluste für die Pro-Regierungsparteien, wenn auch nur geringe. Neu waren die Gewinne für die sogenannten "RegenschirmsoldatInnen", politische Gruppen, die aus der Bewegung entstanden sind.

wurden, und weil die Leute genug von der korrupten Elite haben. Allerdings werden alle 18 Bezirke nach wie vor vom pro-KP Lager dominiert, aufgrund ihrer riesigen Ressourcen und einer Kultur von Wahlmanipulation und Stimmenkauf.

Socialist Action (CWI in Hongkong) ist im ärmsten Bezirk Hongkongs angetreten. Rund 90% der Wahlberechtigten leben in öffentlichen Wohnbauten. Unsere Kandidatin Sally

an 7.500 Wahlberechtigte mehr als 40.000 Flugblätter verteilt. Es gab auch Flugis in Englisch, Urdu und Tagalog. Wir gingen von Wohnungstür zu Wohnungstür und haben mit den Menschen gesprochen, bei manchen Türen waren wir mehr als einmal. Am Tag der Wahl hatten wir 49 Freiwillige in Aktion, die Hälfte davon war zum ersten Mal an einer vergleichbaren Kampagne beteiligt.

Wir hatten auch UnterstützerInnen unter den

anstatt Essenspäckte in speziellen Shops abholen zu müssen. Dadurch haben sie mehr Auswahl und bessere Qualität der Nahrungsmittel. Es ist ein wichtiger Sieg, da er zeigt, dass es möglich ist, Zuständigkeiten von der Regierung zu erkämpfen. Die Flüchtlinge durften zwar nicht wählen und haben in Hongkong faktisch keine Rechte. Viele waren dennoch in unserer Wahlkampagne aktiv und spielten eine Schlüsselrolle darin, die Flugblätter an die einzelnen Haushalte zu verteilen.

Es gibt durchaus die Perspektive, dass die Demokratiebewegung wieder aufflammen kann. Die "Copyright Bill 2014" erregt einiges an Unmut: Die Regierung und die großen Konzerne wollen ihre Kontrolle über das Internet verschärfen. Das würde bedeuten, dass die Regierung das Urheberrechtsgesetz benutzen kann, um Anti-Regierungs-Satire etc. im Internet zu kriminalisieren. Es gibt nicht wirklich Widerstand von Seiten der bürgerlichen Opposition. Aber es gab Versammlungen außerhalb des Parlaments gegen das Gesetz. Organisiert wurden sie von einer Gruppe junger NetzaktivistInnen, die auch eine "Reform" des Gesetzes verlangen (in Richtung US/EU Urheberrecht). Wir sind die ein-

zigen, die das Monopol an Urheberrechten durch die großen Konzerne kritisieren und einen Fall des Gesetzes fordern. Die starke Opposition gegen das Gesetz zeigt, dass die Leute noch sehr wütend auf die Regierung sind und ihr nicht trauen.

Aber damit echte Demokratie erkämpft werden kann, sind folgende Punkte nötig: Eine eventuell erneute Bewegung braucht demokratische Strukturen, um die Führung nicht der bürgerlichen Opposition zu überlassen. Der zweite Punkt ist, dass es nötig ist, die Bewegung mit den Protesten und Streiks in China zu verbinden. 2015 gab es in Festland-China doppelt so viele Streiks wie 2014. Das Regime in China verstärkt die Repression, aber das ist ein Zeichen von Schwäche, nicht von Stärke. Echte Demokratie ist in Hong Kong alleine nicht zu erkämpfen. Und der dritte Punkt, den wir einbringen, ist die soziale Ebene – es ist nötig, ein Programm zu haben, das die ArbeiterInnenklasse anspricht und organisiert in die Proteste einbindet. Denn die Frage von Demokratie ist noch lange nicht gelöst – aber die sozialen Probleme genausowenig.

Die Regenschirmbewegung politisiert die Wahlen. Socialist Action (CWI in Hongkong) erhält 1152 Stimmen.

Allerdings spielten diese Gruppen ihre Verbindungen mit der Bewegung herunter und gaben sich unpolitisch. Sie setzten stärker auf eine Anti-China Stimmung und auf Lokalpatriotismus. Das spiegelt zu einem Teil auch die Frustration wider, dass die Bewegung nicht erfolgreich war (auch aufgrund der Dominanz der bürgerlichen Opposition in der Führung der Bewegung). Diese neuen Gruppen konnten 70.000 Stimmen und acht Sitze gewinnen, ein Ergebnis, das einiges an Medienaufmerksamkeit bekam. Sie wurden aber hauptsächlich gewählt, weil sie als etwas „neues“ wahrgenommen

Tang Mei-Ching erhielt 1.152 Stimmen, das sind 33%. Unsere Kampagne war die einzige, die lokale Fragen mit weitergehenden politischen Forderungen verbunden hat, nach einem Mindestlohn, einem öffentlichen Pensionssystem und einer geregelten Arbeitszeit, die in Hongkong völlig fehlt. Ein zentraler Teil der Kampagne war es, zu zeigen, dass die Politik der BPA gegen die ArbeiterInnenklasse gerichtet ist. Die BPA ist die offizielle Oppositionspartei, sie ist nicht in Opposition zum Kurs von Peking und orientiert sich an Wirtschaftsinteressen. Socialist Action hat in weniger als sechs Wochen

Polen: Rechtsruck und Protest

Die Polarisierung in Polen ist groß: Auf der Straße gab es 2015 rechte Aufmärsche, aber auch Streiks (u.a. der Bergarbeiter und Krankenschwestern) gegen Kürzungen der Regierung. Dennoch konnte die PiS die Wut auf die Sparpolitik der „Bürgerplattform“ nach rechts kanalisierten. Die Gewerkschaften riefen nur zur Abwahl der Regierung auf. Solidarnosc unterstützte sogar die PiS, obwohl es mit Razem („Gemeinsam“) eine neue linke Formation gibt. Razem konnte mehr als 500.000 Stimmen gewinnen (3,6%), scheiterte aber an der hohen Hürde fürs Parlament. So wurde bei den Wahlen am 25.11. die neoliberalen „Bürgerplattform“-Regierung durch eine der konservativ-nationalistischen „Recht- und Gerechtigkeitspartei“ („PiS“) ersetzt.

Die PiS versprach eine Besteuerung der Banken und Handelsketten, höheres Kindergeld, kostenfreie Medikamente für Alte sowie eine Rücknahme der Anhebung des Pensionsantrittsalters. Das meiste werden Versprechen bleiben. V.a. aber setzt die PiS auf eine „Orbanisierung“ Polens, inklusive Angriffe auf Frauen, MigrantInnen und Linke. Schon zeigen sich Bruchlinien: Am 9.1. demonstrierten

Laura Rafetseder

Zehntausende gegen Beschränkungen der Medienfreiheit. Auch die Klassenkämpfe werden erneut aufbrechen. Razem muss sie aufgreifen und mit einem sozialistischen Programm verbinden. Allerdings schürt sie wie Syriza oder Podemos Illusionen, dass ein etwas netterer Kapitalismus möglich sei. Sie fordert keine (Wieder-) Verstaatlichung, sondern nur staatliche Beteiligungen oder Genossenschaften. Sie hat auch Illusionen in die EU. Die Mitglieder von Razem sollten die Erfahrungen der neuen linken Formationen in Europa diskutieren – was kann eine echte Alternative zur Sparpolitik sein? Alternatywa Socjalistyczna (CWI in Polen) war Teil der Demonstrationen gegen das Sparpaket der alten Regierung und schlug damals eine Strategie in Richtung Generalstreik vor. Die unmittelbaren Forderungen (Nein zu Verschlechterungen im Arbeitsrecht, bei Löhnen und Pensionen) müssen mit einem Programm der (Wieder-) Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten, sowie einer demokratisch geplanten Wirtschaft verbunden werden. Ein solches Programm braucht Razem.



Spanien im Umbruch

Bei den Wahlen Ende 2015 wurde das bisher dominante Zwei-Parteiensystem gebrochen. Die konservative PP und die sozialdemokratische PSOE

ten Antritt, ist die neue linke Protestpartei Podemos, die aus verschiedenen sozialen Bewegungen gewachsen ist. Trotz des widersprüchlichen Cha-

on Stimmen einen Achtungserfolg.

Die neue Regierung wird entweder eine PP- oder PSOE- geführte Minderheitsregierung werden – und deswegen ein gutes Ziel für Widerstand von der Straße und in Betrieben. Diesen muss die Linke nun vorantreiben. Dabei ist es wichtig, die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Regionen (v.a. Baskenland und Katalonien), die sich u.a. gegen die Kürzungs- politik der Zentralregierung richten, mit dem Kampf gegen den kapitalistischen Wahn zu verbinden. Die Antwort auf die konstante Krise kann nur eine freiwillige Föderation auf sozialistischer Basis sein.

Sebastian Kugler

Widerstand gegen Kürzungspolitik und Unabhängigkeitsbewegungen erschüttern den spanischen Staat.

verloren zusammen über fünf Millionen Stimmen. Die PP wurde für ihre brutale Kürzungspolitik bestraft, und auch die PSOE hatte ja bereits zuvor gezeigt, dass sie in der Regierung ebenfalls den vom Kapital verordneten Sparzwang umzusetzen bereit ist. Große Gewinnerin der Wahl, mit über 20% beim ers-

rakters und des löschrigen Programms von Podemos zeigt das Abschneiden den Willen der Massen zur Veränderung und die Bereitschaft zum Widerstand gegen den Kürzungsterror. Doch auch die „alte“ Linkspartei, IU, erzielte mit einem auf Bundesebene noch konsequenteren Programm mit knapp einer Milli-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Pakistan & Fundamentalismus

Socialist Movement Pakistan (CWI in Pakistan) organisierte am 12.12.2015 in Mir Pur Khas (Sindh) die dort größte je dagewesene Demonstration gegen religiösen Extremismus und Intoleranz. Mehr als 400 TeilnehmerInnen, darunter ein großer Teil Frauen, marschierten kämpferisch gegen den in den letzten Jahren massiv gestiegenen Fundamentalismus. Mitglieder von SMP machten in Reden klar, was die Ursachen sind:

www.socialistpakistan.org

Taiwan: Solidarität mit Streik

Die Beschäftigten der Lebensversicherung Nan Shan Life streiken wochenlang gegen die Verweigerung zugesicherter Bezahlungen und ordentlicher Anstellungen. Die Bosse wollen Arbeitsrecht und Pensionsabsicherung durch Ausgliederungen umgehen. CWI Taiwan übt aktive und praktische Solidarität und unterstützt die Streikforderungen durch gemeinsame Infotische mit den Streikenden, Petitionen,

dem Magazin The Socialist, Flugblättern. Es wird betont, dass die Kraft der Solidarität genutzt werden muss und die Ausbeutung letztlich nur mit Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten beendet werden kann. CWI Taiwan ruft GewerkschafterInnen und SozialistInnen weltweit zu Solidaritätsmitteilungen für die Streikenden und Protest gegen die Bosse auf.

socialisttw.wordpress.com

Massenstreik

Über 400.000 streikten am 9.12.2015 in ganz Quebec in Kanada für höhere Löhne im Öffentlichen Dienst. Vorangegangen waren Streiks, Blockaden und Besetzungen gegen Kürzungen, auch bei Löhnen und Pensionen. Alternative Socialiste (CWI in Quebec) kämpft in der Gewerkschaft für eine Strategie damit die eindrucksvoll gezeigte Kraft der ArbeiterInnenklasse für wirkliche Verbesserungen genutzt wird.

[www.alternativesocialiste.org](http://alternativesocialiste.org)



So pseudo ist die „Kapitalismuskritik“ von Rechts

Auch die Rechte versucht von der wachsenden antikapitalistischen Stimmung zu profitieren.

Neoliberale Kürzungspolitik, die steuerliche Entlastung von Unternehmen und Superreichen, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Lobbyismus sind charakteristisch für rechte Politik. Doch auch die extreme Rechte versucht von der kapitalismuskritischen Stimmung, die v.a. seit Beginn der Wirtschaftskrise zunimmt, mitzunaschen. Z.B. versuchen die rechts-extremen „Autonomen Nationalisten“ Vorgangsweise, aber auch Erscheinungsbild und Auftreten von Teilen der Linken zu kopieren. Gerade die Neue Rechte nutzt das Potential kritischer Bewegungen, versucht linke Jugendkulturen oder Symbole der Linken zu kopieren. So finden sich auch auf der Facebook-Seite der neofaschistischen Identitären Zitate von Luxemburg, Liebknecht und Brecht.

Doch nicht nur in der Form, auch im Inhalt gibt sie sich kapitalismuskritisch. Ziel ist, an eine existierende Stimmung anzudocken und darauf rechte, rassistische bzw. völkische Antworten zu geben. Rechte Kapitalismuskritik geht unter dem Label „Nationaler Sozialismus“ auf das

Jahr 1890 zurück. Es war ein Versuch in die erstarrende ArbeiterInnenbewegung einzudringen und dem Internationalismus des Marxismus eine nationalistische Ideologie, verbrämt mit antikapitalistischer Rethorik entgegen zu setzen. Zentrales Instrument dafür war später bei den Nazis die SA von Strasser, Goebbels und Röhm. Diese war auch ein Versuch, ArbeiterInnen in die Partei mit einzubinden. Denn die ArbeiterInnen standen dem Faschismus ablehnend gegenüber und ein großer Teil war bis zum Verbot von SP und KP in diesen ArbeiterInnenorganisationen organisiert.

Eine Rethorik, die Scheinantworten auf die soziale Frage gab, war notwendig für den Aufstieg der NSDAP (wie auch „Sozialismus“ im Namen), doch der Faschismus war immer eine arbeiterInnenfeindliche Ideologie. Auch im Betrieb galt das Führerprinzip, Betriebswechsel war nur mit Erlaubnis möglich, jede Form von Klassenkampf (und sei es nur die Forderung nach höheren Löhnen) wurde lebensgefährlich, alle Organisationen der Arbeiter-

Innenbewegung wurden zerschlagen. Der Faschismus dient als Handlanger des Kapitals.

Bis heute versuchen Nazis Strasser, die SA und andere als die „wahren“ Faschisten des Volkes, den „linken“ Teil des Nationalsozialismus darzustellen. Ein Mythos und eine Lüge! Die SA war eine Massenorganisation, doch setzte sie sich v.a. aus Kleinbürgern zusammen, der ArbeiterInnenanteil lag unter 20%. FunktionärInnen von KPD, SPD und Gewerkschaften standen auf den „Schwarzen Listen“ der brutalen Schläger der SA ganz oben. Beim Kampf zwischen SA und Hitler ging es nicht um einen Klassenkampf in der faschistischen Bewegung, sondern um einen Machtkampf zwischen verschiedenen Flügeln. Die SA wurde nicht entmachtet, weil sie „links“ gewesen wäre, sondern als Zugeständnis an die Heeresleitung, der die paramilitärische SA ein Dorn im Auge war. Die SA und die SS trennten keine ideologischen, sondern bestenfalls taktische Fragen.

Auch bei den heutigen, sich „antikapitalistisch“ präsentierenden Neonazis,

werden nicht der Kapitalismus und seine Widersprüche kritisiert. Die Beantwortung der sozialen Frage ist auf nationaler Ebene nicht möglich, die Rechten liefern nur Scheinantworten. Da wird „ausländisches“ Kapital und der „Zins“ kritisiert, die die nationale Wirtschaft schwächen würden. V.a. seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise wird unverhohlen die „Ostküste“ und das „Finanzkapital“ kritisiert. Das sind rechte Kampfbegriffe, die eigentlich „die Juden“ meinen. Die (künstliche) Unterscheidung zwischen „rafendem“ und „schaffenden“ Kapital findet sich schon bei den Nazis. Und im Einklang mit diversen, meist antisemitischen, Verschwörungstheorien schreibt dann auch die Zeitung der NPD, dass Jüdinnen und Juden „in den privaten und staatlichen Machtzentren des Weltkapitalismus“ eine „Schlüsselstellung“ inne hätten.

Doch spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Trennung in Bank- und Industriekapital nicht mehr möglich. Die Finanzmärkte sind das Schmiermittel des Kapitalismus und produzierender und finan-

zierender Sektor längst zu einer untrennbar einheit verschmolzen. Die sozialen Probleme und die Krisen sind nicht nur die Folgen eines „parasitären Finanzsektors“ sondern entspringen aus den Widersprüchen des Kapitalismus selbst. Es gibt keine „gute alte Marktwirtschaft“, der ein „böser, raffgieriger Kapitalismus“ entgegenstehen würde. Neben all ihrer „sozialen“ Rethorik greifen die Rechten daher auch weder das Privateigentum an Produktionsmitteln, noch die kapitalistische Produktionsweise, die von den ArbeiterInnen unbezahlte Arbeit in Form von Mehrwert stellt, an. Dafür lehnen sie aber Gewerkschaften ab und bekämpfen sie. Das „Volk“ soll die Klassen ersetzen, was bedeutet, die Interessen der ArbeiterInnenklasse unter jene des Kapitals unterzuordnen. Im Sinne eines angeblichen „Volks“ Interesses.

Es liegt an uns, ob RassistInnen und AntisemitInnen soziale Rethorik als Mittel zum Aufbau nutzen können. Echter Antifaschismus braucht daher auch eine fundierte Kapitalismuskritik und eine daraus resultierende Praxis!

Theresa Reimer

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Die derzeitige Debatte um „Obergrenzen“, „Flüchtlinge“ und „WirtschaftsmigrantInnen“ setzt die Frage des staatlichen Umgangs mit „fremden“ Menschen neuerlich auf die Tagesordnung. Das Buch „Fremde von Staats wegen“

„Fremde von Staats wegen“ zeigt, wie mit MigrantInnen kapitalistische Herrschaftspolitik gemacht wird.

– 50 Jahre ‘Fremdenpolitik’ in Österreich“ erscheint somit zur genau richtigen Zeit. Das umso mehr, als bisher eine „systematische und umfassende Untersuchung der ... ‘AusländerInnen’-Politiken ... völlig fehlt“, wie die Autorin Lisa Grösel in ihrer Einleitung schreibt.

berichte etc., um zu zeigen, wie die österreichische „Fremdenpolitik“ seit jeher in ihrer „Spaltungs-, Disziplinierungs- sowie einer identitätspolitischen Konsensfunktion ein Herrschaftsinstrument bildet, das in erster Linie auf jenen Teil der ausgebeuteten und arbei-

tenden Klassen gerichtet ist, der als ‘eigene’ Staatsbürger_innen markiert ist“, schreibt Grösel.

LeserInnen, die eine Darstellung der zahlreichen Protest- und Widerstandsaktivitäten in Solidarität mit den „Fremden“ suchen, oder gar eine praktische Anleitung dazu, werden in diesem Buch allerdings nicht fündig werden, obwohl die Autorin derartige Mobilisierungen von unten für unabdingbar hält: „Offenbar können inklusive und solidarische Gesellschaftsentwürfe nur im Rahmen radikaler ... sozialer Bewegungen entwickelt werden.“ **Alexander Svojtka**

Lisa Grösel:
Fremde von Staats wegen
Mandelbaum, Wien 2016
ISBN: 978-3-85476-646-9

2016 der SLP beitreten!

Kriege, Krise, Rechtsextremismus, Flüchtlinge, Kürzungen und Rekordarbeitslosigkeit: immer schneller und härter offenbart der Kapitalismus seinen zerstörerischen Charakter. Die Zielpunkt-Pleite zeigt den krassen Gegensatz von Arm und Reich so deutlich, wie schon lange nicht mehr. Der menschenverachtende Umgang mit Flüchtlingen offenbart die Brutalität der Regierungspolitik.

Während die Reichen immer reicher werden, soll angeblich kein Geld für Flüchtlinge oder Jobs da sein. Der Kapitalismus funktioniert nicht, aber die Frage ist nun: „Wie sieht eine Alternative aus und was kann ich tun?“ Die Sozialistische LinksPartei (SLP) war 2015 bei allen wichtigen Bewegung und Protesten beteiligt. Doch das ist nur durch den Einsatz unserer Mitglieder in

den verschiedenen Bundesländern möglich. 2016 werden Probleme und Polarisierung zunehmen. Umso nötiger ist es, eine sozialistische, demokratische Alternative zur menschenverachtenden Profitlogik des Kapitalismus aufzuzeigen. EinzelkämpferInnen mögen heroisch sein, verändern werden wir die Welt nur mit einer starken Organisation. Es ist Zeit, aktiv zu werden. Komm zur SLP!

Nazi-Schläger finanzieren den antifaschistischen Kampf

Neonazis schlagen immer öfter zu. In Linz kam es 2015 drei Mal zu tödlichen Angriffen Rechtsradikaler gegen SLP-lerInnen (u.a. nach einem erfolgreichen Protest gegen PEGIDA).

Wir lassen uns nicht einschüchtern! Selbstorganisation in einer breiten Bewegung statt sich auf den bürgerlichen Staat verlassen: so organisierten wir die Kampagne „Gemeinsam gegen rechte Gewalt“. Aber

gleichzeitig verfolgten wir die Nazischläger mit Anzeigen – mit Erfolg: In allen Fällen müssen die Rechten wegen der Körperverletzung zahlen (einmal gabs' zusätzlich vier Monate Haft).

Das Geld wird für Antifa-Arbeit verwendet: u.a. für eine Lautsprecher-Anlage für die SLP-Graz, Transparente und einen Soli-Beitrag für den verurteilten Antifaschisten Jan.



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im ‘Wiener Café’
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung ‘Libreria Utopia’
15.; Preisinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schwernerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der ‘Pizzeria Delfino’
20.; Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im ‘SLP-Büro’
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei ‘Büro’ läuten)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns

ab. Die einzige Partei, die sich als Partei offiziell zu der Bewegung bekannte, war die Sozialistische Linkspartei (SLP),¹⁶ eine sehr kleine Partei trotzkistischer Prä-

Die Wissenschaftlerin und Aktivistin Monika Mokre hat mit „Solidarität als Übersetzung – Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna“ ein lesenswertes Buch über die Flüchtlingsbewegung 2012/2013 geschrieben. Sie bezieht sich positiv auf die Aktivität der SLP und die Kandidatur von Numan Muhammad für die SLP bei der Nationalratswahl und zeigt, dass Organisationen ein wichtiger Teil der Bewegung sein können.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT25600000000 8812733
BIC: OPSKATWW

FPÖ = Kürzen bei den Ärmsten!

Rassismus und sein kapitalistischer Charakter machen die beworbene soziale Wärme zur heißen Luft.

In der Praxis heißt „sozial“ bei der FPÖ weniger soziale Wärme für AsylwerberInnen und Menschen mit Migrationshintergrund anstatt mehr für die „eigenen Leut“. In Linz will Vizebürgermeister Wimmer den Preis für das Umweltticket (subventionierte Jahreskarte) erhöhen und dafür kostenpflichtiges Parken an Samstagen streichen. Das trifft v.a. Jugendliche, ältere Menschen und allgemein alle Ärmsten. Bei Zielpunkt wurde zwar ei-

ne schnellere Auszahlung der ausstehenden Gehälter gefordert. Nur gabs auch von blauer Seite keine Ansätze, wie die Jobs hätten gerettet werden können oder eine Organisierung der Beschäftigten für Proteste. Die Anstaltung des Vermögens der Pfeifers war genausowenig Thema, wie die Frage, wer diese Werte eigentlich wirklich geschaffen hat. Privateigentum ist bei aller christlichen Nächstenliebe halt doch heiliger als die berechtigten Ansprü-

che und die Zukunftsängste der einfachen Beschäftigten. Dass Strache & Co. ein Problem mit der Selbstinitiative und -organisierung der ArbeiterInnenklasse haben, zeigen die wiederkehrenden Vorstöße zur Abschaffung der Gewerkschaft, weil es ja die Arbeiterkammer gibt, oder auch das gleiche nur umgekehrt. Wer also eine wirkliche ArbeiterInnenpartei will, muss sich am Aufbau einer solchen beteiligen!

Thomas Hauer



Kampagne gegen Rechts in Graz

Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.